Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 6.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 166. | Dresden, Donnerstag den 21. Juli 1910. | 21. Jahrg.

Flottenmoloch und Oeffentlichkeit.

Das deutsch-englische Rüstungswettrennen hat eine neue Steigerung erfahren: Die englische Regierung forderte jüngst im Unterhause eine Erhöhung der Flottenausgabe um lumpige 110 Millionen Mark. Bei der jetzigen Konstellation im englischen Parlament ist diese Forderung so gut wie bewilligt. Die Rüstungshetze der englischen Jingos wie der Rüstungswahnsinn der deutschen Regierung hat auch die Liberalen und Radikalen im Unterhaus zu Konzessionen geneigt gemacht. So kam's, daß die Führung des Angriffs gegen die neuen Forderungen im Unterhause nicht einem Radikalen, sondern einem irischen Nationalisten zufiel.

In dieser Situation konnte sich die englische Regierung auch die Wiederholung der üblichen Alarmreden ersparen. Ministerpräsident Asquith strömte über von Liebenswürdigkeit gegen Deutschland; niemand könne es Deutschland übelnehmen, wenn es glaube, zum Schutze seines Handels eine starke Flotte bauen zu müssen. Unsere bürgerliche Presse feiert diese Asquith-Aeußerung als einen Beweis der Besserung deutsch-englischer Beziehungen, trotzdem die gefeierte englische Ansicht wirklich nichts Neues ist. Denn die Auffassung, daß jedes der beiden Reiche nach Belieben rüsten und provozieren dürfe, deckt sich durchaus mit den Interessen der Flottentreiber auf beiden Seiten des Kanals und wird von ihnen seit jeher gepredigt.

Eine Kursänderung also, die dem Flottenmoloch endlich die Zähne beschnitte, kündigte die Flottenrede des englischen Ministers nicht an. Aber sie war gespickt mit einem alten Vorschlag und einem neuen wichtigen Detail dazu. Asquith sagte:

„Man könnte mich fragen: „Ist es nicht möglich, zu irgendeiner Vereinbarung zwischen den Nationen der Welt, und namentlich zwischen uns und dem großen freundschaftlichen Deutschen Reich zu kommen, wodurch diesem Wettrüsten ein Ende gemacht werden könnte?" Ich wünsche, es wäre möglich. Die deutsche Regierung hat uns gesagt — ich kann mich darüber nicht beklagen und ich habe darauf nichts zu erwidern —, daß ihr Vorgehen von dem deutschen Flottengesetz beherrscht ist, das die automatische Vermehrung der Flottenbauten vorschreibt. . . . Wenn es möglich wäre, auch jetzt noch das Tempo der neuen Flottenbauten durch eine Vereinbarung zu verlangsamen, dann würde keiner mehr entzückt sein, als die englische Regierung. Wir haben uns in dieser Sache an die deutsche Regierung gewandt. Sie hat geantwortet, daß sie nichts tun könne, ohne das Flottengesetz zu widerrufen, und das würde die öffentliche Meinung in Deutschland nicht zulassen."

So ungerechtfertigt, reaktionär und volksbedrückend die englische Flottenpolitik auch sein mag, Tatsache bleibt, daß England schon oft die Hand zur Verständigung geboten hat. Wie Asquiths Rede beweist, erst vor kurzem wieder, bei welcher Gelegenheit sich die deutsche Regierung komischerweise hinter der öffentlichen Meinung versteckte, die auf der Durchführung des Flottengesetzes beharre. Als ob sich der deutsche Absolutismus je um die öffentliche Meinung geschert hätte! In diesem Falle gar scheint die Regierung die öffentliche Meinung wieder einmal mit der Meinung einer Gruppe Schwerreisen- und Panzerplattenindustrieller zu verwechseln. Die arbeitenden Volksmassen jedenfalls, deren öffentlicher Meinung die Sozialdemokratie täglich unzweideutigen Ausdruck gibt, haben für die Sammelbecken der Flottenphantasten nie einen Groschen übrig gehabt. Da aber die öffentliche Meinung der die Volksmehrheit ausmachenden untersten Volksmassen für die Regierung in der Flottenfrage noch weniger zu existieren scheint, denn in irgendeiner anderen, bliebe die Flottenmeinung bürgerlicher Kreise zu untersuchen, um das Versteckenspielen der Leute am Ruder in all seiner Lächerlichkeit bloßzustellen. Ein englisches Blatt, die „Daily Mail", hat's schon besorgt. Es hat einer großen Anzahl deutscher Blätter die Frage vorgelegt, ob die öffentliche Meinung wirklich gegen eine deutsch-englische Verständigung sei? Und die Antwort? Die erdrückend große Anzahl der Blätter erklärt nach einer Zusammenstellung der „Daily Mail", daß die fragliche Verständigung mit Freuden zu begrüßen wäre.

Diese Erkenntnis kommt der bürgerlichen Presse zwar etwas spät. Es mußte erst das englische Inselreich zu wahnwitzigen Anstrengungen getrieben werden, es mußte Deutschland unter seiner Steuerlast zu ersticken drohen, es mußten seine Staatsbürger in hellen Scharen von den bürgerlichen zu den roten Fahnen hinüberwechseln, ehe sich diese Presse zu dem Geständnis aufzuschwingen vermochte: Die Flottenverständigung würde als Kulturtat von weltgeschichtlicher Bedeutung anzusehen sein, wie der Königsberger Hartungsche Sozialistenfresser gestehen muß.

Wenn also auch diese verständigungsfreundlichen Aeußerungen nicht höher zu werten sind als die bürgerliche Presse überhaupt, so wird nichtsdestoweniger damit das Märchen von der deutschen flottenkollrigen Oeffentlichkeit noch vollständiger in Schall und Rauch aufgelöst. Hinter welchen Flausen wird sich darum wohl unsere Kraut- und Schlotjunkerregierung verschanzen, wenn die nächste Gelegenheit zur Eindämmung des Wettrüstens kommt?

Das Signal zum Sammeln.

Bethmann-Hollweg, des Deutschen Reiches philosophischer Schweigekanzler, verkündete in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung der wartenden Welt die „Forderung des Tages": Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte. Das klingt philosophischer als der Bülowsche Alarmruf zum „Niederreiten der Sozialdemokratie", ist aber im Grunde die gleiche Melodie. Der Kanzlerphilosoph arbeitet mit abgegriffenen Mitteln, und das Ergebnis seiner Bemühungen wird sich nicht von dem unterscheiden, das für die Bülowherrlichkeit den Todesstoß bedeutete.

Angelegentlichst beschäftigt sich die Presse der bürgerlichen Parteien mit der Kundgebung der Bethmann-Hollweg-Weisheit, und bei dieser Gelegenheit zeigt es sich, daß es leichter ist, das Trompetensignal zum Sammeln zu blasen, als Ordnung und philosophisch erbetene Geschlossenheit unter widerstrebende Elemente zu bringen. Einmal liegen die Erinnerungen an die Groteske des Bülowblocks noch nicht weit genug zurück, um die bürgerlichen Parteien zu veranlassen, das Kanzlersignal mit todesmutigem Hurragebrüll zu beantworten, und zum andern treten Momente in den Vordergrund, die wesentlich genug sind, dem Kanzlerwunsche unbequeme Schwierigkeiten in den Weg zu drängen.

Vor allen Dingen wehrt sich das Zentrum gegen den Versuch, sich etwa an die Wand quetschen zu lassen, um die Sammelpolitik zu erleichtern. Es hat durchaus nichts dagegen, dem Bethmann-Hollweg-Drängen zum Sammeln Beachtung zu schenken, verlangt dann aber ganz entschieden, mit von der Partie zu sein. So äußert Dr. Julius Bachem im Tag:

„Die erste Voraussetzung für eine „Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte" ist, daß man sich mit dem Dasein des Zentrums endlich abfinde . . . Wenn es mit der „Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte" Ernst werden soll, so muß vor allem und von allen die Gleichberechtigung des Zentrums anerkannt werden. Das Zentrum ist da und bleibt da. Und schließlich kann man es ihm doch nicht verübeln, daß es sein und dabei sein will. Zerreiben läßt es sich nicht, und ausschalten kann man es auf die Dauer auch nicht. Der Versuch ist dem Fürsten Bismarck beim Kartell und dem Fürsten Bülow beim Block mißglückt."

Bachem macht sich dann das boshafte Vergnügen, die schwarzblaue Verbindung als harmlos hinzustellen und den Liberalen in Erinnerung zu rufen, daß sie „doch sonst nicht so" waren:

„Was soll es heißen, wenn nicht selten den Konservativen ein Verbrechen daraus gemacht, wenn es als geradezu schimpflich hingestellt wird, daß sie in dieser oder jener Frage mit dem Zentrum zusammengehen!

Die Liberalen waren doch nicht immer so. Wie oft sind die Nationalliberalen mit dem Zentrum zusammengegangen, um „positiv zu schaffen", auch in Fragen ersten Ranges, wie beim Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich. Und wie gern haben sie die Unterstützung der Zentrumswähler für ihre Kandidaten angenommen, zum Beispiel im Großherzogtum Hessen, wo allerdings die Gegenleistung wiederholt ausgeblieben ist, oder nicht gewährt werden konnte. Auch der Freisinn hat früher häufig genug, wenigstens in der Abwehr, gemeinsame Sache mit dem Zentrum gemacht. Und was die Wahlen anlangt, so ist mehr als ein Zettel Eugen Richters durch meine Hände gegangen, in welchem er mit äußerster Knappheit Windthorst darlegte, wie das Zentrum (zuweilen schon im ersten Wahlgange) verfahren müsse, um dem freisinnigen Kandidaten zur Mehrheit zu verhelfen. Was v. Bennigsen und Eugen Richter unbedenklich übten, kann doch auch die Herren Paasche und Pachnicke nicht wohl schänden."

Bachem schließt dann seine Ausführungen mit den Sätzen:

„Fährt man fort, das politische Zusammenwirken mit dem Zentrum als etwas geradezu Kompromittierendes, als etwas Entehrendes hinzustellen, so wird die Stimmung gründlich verdorben und die „Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte", zu denen doch das Zentrum gehört und gehören muß, aufs äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Wenn das so weiter geht, so muß das Zentrum schon aus dem Gebote der Selbstachtung darauf verzichten, den Liberalen irgendwo und irgendwie an die Seite zu treten. Das sind so einige hausbackene Erwägungen, die die Parole der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte" aufdrängt. Und der gesunde Menschenverstand ist doch auch in der Politik die Hauptsache."

Bethmann-Hollweg wird sich nachdenklich an die Denkerstirne greifen und mit nicht gerade heiteren Gedanken das Ergebnis seines Sammelrufs abwarten. Vorläufig bleibt ihm immer noch das schwarzblaue Kommando.

Auch im freikonservativen Lager tauchen Zweifel am Gelingen der Bethmannschen Sammelpolitik auf. Im Tag erklärt der Graf Moltke:

„Was wir meines Erachtens dringend brauchen, ist etwas ganz anderes: aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus auf allen Seiten etwas mehr guter Wille, gepaart mit Staatsräson, also ein Akt freier Entschließung. Daraus herauswachsend: die Möglichkeit einer Verständigung der nationalen Parteien von Fall zu Fall auf der Grundlage eines selbstgewollten, als nötig erkannten, nicht nach außen protzenden und strotzenden Kartells. Wird die Notwendigkeit dieses selbstgewählten Zusammengehens rechts wie links und in der Mitte nicht bald erkannt, so wird uns die Not des Vaterlandes zwangsweise zusammenführen. Besser, meine ich, man bescheidet sich, ehe sie eintritt."

Moltke scheint mehr als Bethmann aus der Geschichte des Bülowblocks gelernt zu haben. Außerdem hat er natürlich den lebhaften Wunsch, alle Störungen von der schwarzblauen Brüderschaft fern zu halten; den anderen Parteien wird gütigst erlaubt, mitzuspielen, wenn die „Not des Vaterlands" ruft, das heißt, wenn es gilt, „nationale Taten" zur Unterdrückung und Belastung der Volksmassen zu verüben.

Die Nationalliberalen wollen sich „noch nicht binden". Sie sind sich noch im unklaren, wohin sich der Richtungszeiger der Drehscheibe wenden wird. Vorläufig beschwört die Nationalzeitung den Philosophenkanzler, etwas mehr zu geben als nur den tapferen Sammelruf, der sie in um so größere Verlegenheit setzen wird, als sie selbst ratlos am Werke sind, ihre erschütterten eigenen Reihen zusammen zu halten. Die Nationalzeitung meint:

„In wenigen Monaten müssen sich die Parteien über ihr gegenseitiges Verhältnis klar werden, muß auch der Reichskanzler aus seiner Zurückhaltung hervortreten und bekennen, mit welchen Bundesgenossen er in den bevorstehenden Wahlkampf ziehen will. Bis zur Stunde hat er sich noch niemand offenbart, höchstens dem Fürsten Bülow, mit dem er über sein Verhältnis zu den Parteien gesprochen hat. Wir gönnen dem Kanzler die sommerliche Erholung und die Freuden der Jagd. Aber Herr v. Bethmann kann sich nicht auf die Dauer in der Rolle des Einsiedlers von Hohenfinow gefallen wollen, der sich von aller Welt abschließt. Solange er nicht zu erkennen gibt, zu welchen Entschlüssen er gekommen ist, liegt für die Parteien, und vor allem für die nationalliberale, keine Veranlassung vor, voreilige Schritte zu tun und sich zu binden. Im Herbst, wenn der Reichstag versammelt ist, wird die erste Entscheidung fallen und ein Jahr später die letzte und wichtigste."

Armer Kanzler, der also mit Rippenstößen traktiert und in seiner philosophischen Gelassenheit und Sommerruhe gestört wird.

Die Sozialdemokratie kann diesem Spiel der Kräfte mit heiterer Gelassenheit zuschauen. Sie weiß, daß sie auch in den kommenden Reichstagswahlkämpfen alle Gegner geschlossen vor sich sehen wird; sie ist gerüstet und gewappnet, allen die Stirn zu bieten. Alle Versuche, die Reihen der Sozialdemokratie zu erschüttern, werden zunichte, sobald das Proletariat zum Angriff schreitet.

Eine freche Verleumdung der deutschen Arbeiter.

Eine freche und erbärmliche Verleumdung des deutschen Arbeiterstandes leistet sich das Regierungsorgan des Herrn v. Bethmann-Hollweg, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Gegen die Beschwerden der sozialdemokratischen Presse über die steigenden Lebensmittelpreise bringt sie die Dreistigkeit auf, die arbeitenden Familienväter ganz im allgemeinen für die Notlage der deutschen Arbeiterfamilien verantwortlich zu machen. Sie schreibt:

Die hohen Preise für Nahrungsmittel empfindet das Bürgertum nicht weniger hart als das Proletariat. Aber wie gut es der Arbeiterschaft trotz der Teuerung noch geht, davon kann man sich insbesondere auf Bauplätzen und in Schankwirtschaften überzeugen. Ob freilich die Familien der Bauhandwerker beispielsweise ebenso ausgiebig frühstücken wie das Familienoberhaupt, ist eine andere Frage. Und wenn dann zu Hause Schmalhans als Küchenmeister herrscht, so ist es leicht und billig, die „goldgeschwollenen Parasiten" und die „Blutsaugerkamarilla" dafür verantwortlich zu machen, daß Frau und Kinder hungern müssen.

Also die Klagen über den Lebensmittelwucher sind weiter nichts als Ausreden von Familienoberhäuptern, die ihren schönen Lohn vertrinken und verfressen, Weib und Kinder aber hungern lassen. So sind nach dem Urteil des Berliner Regierungsblattes „beispielsweise" die Bauarbeiter, aber nicht nur diese, denn ganz allgemein kann man ja in den „Schankwirtschaften" sehen, „wie gut es der Arbeiterschaft geht". Das Ausland, das die Aeußerungen des offiziösen Blattes mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, kann sich jetzt also das rechte Bild von dem durchschnittlichen deutschen Arbeiter machen als einem Tunichtgut und Trunkenbold, der seine Familie verkommen läßt. Die freche Verleumdung von zwei Dritteln des deutschen Volkes verübt ein Blatt, das gewerbsmäßig gegen die deutsche Sozialdemokratie die Anklage erhebt, sie schädige das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande!

Um den Verdrehungen, die man gewiß versuchen wird, vorzubeugen, sei es gleich gesagt: wir behaupten keineswegs, daß es keinen Arbeiter gibt, der seine Familie vernachlässigte. Ganz gewiß gibt es auch unter den Arbeitern wie in allen Gesellschaftsklassen Leichtsinnige und Egoisten, und niemand hat etwas dagegen, wenn solche an ihre Pflichten erinnert werden. Es ist aber eine Infamie, wenn das Regierungsblatt die Millionen ehrlicher Arbeiter und trefflicher Familienväter, die es in Deutschland immer noch gibt, mit ein paar ausgefallenen Liederjahnen auf eine Stufe stellt und heuchlerisch ruft: „So sind sie alle!"

Es gibt hoch-, sehr hochgeborene Herren, die ihre Burschen schänden. Es gibt andere Angehörige des „ersten Standes",

Stimmen und Bilder

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100721/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG